

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 1230/2019 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag
des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2021 [einschließlich Stellenplan]),
Budgetgruppe 9 „Finanzwirtschaft“,
betreffend die Landesumlage**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der in der Voranschlagstelle 2/930005/8504 „Transfers von Gemeinden nach dem FAG“ im Teilabschnitt 2/93000 „Landesumlage“ veranschlagte Betrag von 126.500.000 Euro im Ergebnis- und Finanzierungshaushalt wird auf 100.396.800 Euro gesenkt.
2. Dementsprechend erfolgt eine Reduktion der im Landeshaushalt 2021 vorgesehenen Schuldentrückzahlungen um 26.103.200 Euro.

Begründung

Die Landesumlage muss zu Gänze abgeschafft werden. Sie führt zu einer Schieflage zwischen den oberösterreichischen Gemeinden und dem Land Oberösterreich. Als budgetäre Sofortmaßnahme soll der Prozentsatz im § 1 Abs 2 Oö. Landesumlagegesetz für das Jahr 2021 um 20 % verringert werden.

Laut Landesrechnungshofbericht über den Rechnungsabschluss für das Verwaltungsjahr 2018 liegt der Transfersaldo zu Lasten der Gemeinden und Städte bei € 284,4 Mio. In keinem anderen Bundesland Österreichs müssen die Gemeinden so viel Geld an das Land zahlen wie in Oberösterreich, stellte das Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) wiederholt fest.

Bleibt es bei der Ausblutung der oberösterreichischen Gemeinden, so werden diese weiterhin dringend benötigte Mittel in wichtigen Bereichen, insbesondere für Investitionen, nicht aufbringen können.

Linz, am 02. Dezember 2019

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Lindner, Müllner, Rippl, Bauer, Krenn, Binder, Promberger, Makor, Schaller, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer